

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 1

Artikel: Österreichs Wirtschaft seit Kriegsende
Autor: Nemschak, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160179>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT SEIT KRIEGSENDE

VON FRANZ NEMSCHAK ¹⁾

Die wirtschaftliche Lage in Österreich mag gegenwärtig in vieler Hinsicht noch unbefriedigend und voll von ungelösten Problemen sein. Vergleicht man aber die heutige Situation mit der in den Jahren 1945 bis 1947, dann darf man bei aller Selbstkritik sagen, daß in relativ kurzer Zeit, vielfach unter widrigsten Umständen, außergewöhnliche und erstaunliche Fortschritte erzielt wurden.

Chaos und Not in den ersten Nachkriegsjahren

Wie lebte man in Österreich, als der Krieg zu Ende gegangen war? Die Bombenangriffe auf Städte, Industrieorte und Verkehrszentren hatten aufgehört. Die Menschen krochen verängstigt unter den Trümmern hervor und sahen fassungslos die furchtbaren Zerstörungen. Weite Gebiete in den östlichen Landesteilen waren durch Kampfhandlungen verwüstet. Wohin man blickte: ausgebrannte Industrie- und Verkehrsanlagen, zerbombte Wohnhäuser und Spitäler, gesprengte Brücken. Besonders schmerzlich empfanden die Überlebenden die Verwüstung ihrer Kulturdenkmäler, in Wien des Stephansdomes, der Oper, des Burgtheaters.

Viele Wochen hindurch herrschte im Lande Anarchie, Kaufläden und Magazine wurden ausgeräumt und Wohnungen geplündert. Brände konnten nicht gelöscht, Tote nicht bestattet werden. Verkehrsmittel und Fabriken lagen still. Überall herrschten Hunger und Verzweiflung. Massenhaft starben Kinder und weniger wider-

¹⁾ Neufassung eines am 27. Januar 1953 in der Universität Zürich gehaltenen Vortrages vor der Abteilung für volkswirtschaftliche Studien des Schweizerischen Institutes für Auslandforschung.

standsfähige Menschen. Im Juli 1945 gingen von 1000 lebendgeborenen Säuglingen 421 elend zugrunde. Die Bevölkerung in den Städten zehrte von ihren letzten Vorräten und fristete ein kümmerliches Dasein. Hätte man im Jahre 1945 den Lebensstandard der städtischen Bevölkerung statistisch messen können, man würde sich heute wundern, auf welchem dürftigen Niveau die menschliche Kreatur in Notzeiten gedrückt werden kann.

Es fehlte ja an allem: an den lebensnotwendigsten Nahrungsmitteln, an Bekleidung und Schuhen, an Kohle und Strom, an den tausend Dingen des täglichen Bedarfs, und das wenige, das man bekam, war qualitativ schlecht.

Um den Zuständen nach Kriegsende gerecht zu werden, müßte man mit dramatischer Beredsamkeit die katastrophalen Währungsverhältnisse schildern, das Nebeneinander der offiziellen und der um ein Vielfaches höheren «grauen» und «schwarzen» Preise; im Dezember 1945 waren die Schwarzmarktpreise für weißes Mehl 196 mal, für Zucker 390 mal und für Schmalz 463 mal höher als die amtlichen Preise. Man müßte die Verzerrung der Preisrelationen und die grotesken Erscheinungen der offenen und mehr noch der «rückgestauten» Inflation darstellen, die Desorganisation von Wirtschaft und Verwaltung, die Folgen des Energie- und Rohstoffmangels und die Lähmung der Produktionskraft infolge unzureichender Ernährung des überwiegenden Teiles der Bevölkerung. Die Wirtschaft war in einem fatalen Zirkel gefangen, den sie schließlich nur dank der großzügigen Hilfe des Auslandes sprengen konnte.

Die alliierten Großmächte hatten im Jahre 1943 in Moskau die Befreiung und die Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit Österreichs als eines ihrer vornehmsten Kriegsziele erklärt. Der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich sei ebenso null und nichtig wie seine Rechtsfolgen. Als im Mai 1945 der Sieg errungen war, wurde Österreich als «befreites» Land von den vier Großmächten, zunächst mit einem Aufgebot von über 1 Million Mann, besetzt. Es wurde eine Besetzung mit allen Härten und Demütigungen. Während die Bevölkerung langsam den Schutt aufzuräumen begann und zu retten versuchte, was noch zu retten war, wurden von den Besatzungsmächten Industrieanlagen demontiert und noch verbliebene Rohstofflager beschlagnahmt. Das kleine Land wurde in vier, lange Zeit fast hermetisch voneinander abgeschlossene Zonen geteilt. In jeder Zone wurde nach anderen Gesichtspunkten regiert, verwaltet und gerichtet.

Für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft viel schwerwiegender als die Absperrung durch die Demarkationslinien, die vor allem seit dem Kontrollabkommen zwischen der österreichischen Regierung und den Besatzungsmächten vom 28. Juni 1946 nur

noch an den Grenzübergängen der sowjetisch besetzten Zone als lästig empfunden wird, waren die Beschlüsse von Potsdam (2. August 1945) über das sogenannte «Deutsche Eigentum» in Österreich. In ihnen kamen die vier Besatzungsmächte bekanntlich überein, das sogenannte «Deutsche Eigentum» in ihren Besatzungszonen bis zum Abschluß des österreichischen Staatsvertrages selbst zu verwalten. Seither sind 7 $\frac{1}{2}$ Jahre vergangen; in 25 Perioden haben 258 Sitzungen der Sonderbeauftragten für den österreichischen Staatsvertrag stattgefunden, aber die weltpolitischen Spannungen haben bisher den Abschluß des Staatsvertrages und damit eine definitive Entscheidung in dieser für Österreich lebenswichtigen Frage verhindert.

Eine konstruktive Lösung der Frage «Deutsches Eigentum» ist für Österreich eine Schicksalsfrage. Das «Deutsche Eigentum» in Österreich wurde nie klar definiert, es bildet eine der schwierigsten und umstrittensten Fragen in den österreichischen Staatsvertragsverhandlungen. Ohne definitive Entscheidung sind in den vergangenen Jahren Tatsachen geschaffen worden. In Befehl 17 des sowjetischen Elements (27. Juni 1946) wird das «Deutsche Eigentum» in der russisch besetzten Zone, darunter die österreichischen Erdölvorkommen in Zistersdorf, als partielle Naturalgutmachung des von den Deutschen den Sowjets zugefügten Schadens betrachtet. Andererseits haben die westlichen Besatzungsmächte die deutschen Vermögenswerte in ihren Zonen nach und nach in österreichische Treuhänderschaft gegeben und damit die Voraussetzungen für den Wiederaufbau einer lebensfähigen österreichischen Wirtschaft geschaffen.

Man darf aber nicht nur an die realen Verluste und materiellen Belastungen und Beeinträchtigungen denken, die Österreich erlitt. Noch schwerer wiegen wohl die Einbußen an menschlicher Substanz. Im zweiten Weltkrieg sind 170 000 österreichische Soldaten gefallen, über das Schicksal weiterer 80 000 weiß man nichts, sie werden «vermißt». 165 000 Männer kamen «kriegsversehrt» zurück. Außerdem sind 24 000 Zivilpersonen, vorwiegend Frauen und Kinder, in Kampfhandlungen umgekommen. Das ist für ein kleines Land, das schon im ersten Weltkrieg 140 000 Tote zu beklagen hatte, ein furchtbarer Aderlaß. Österreich wurde innerhalb von 30 Jahren nicht nur in zwei opferreiche Kriege verstrickt, die mit entmutigenden Niederlagen endeten, sondern machte in den Jahren 1918, 1934, 1938 und 1945 auch vier innere politische Revolutionen durch, die jeweils auf eine Dezimierung der Führungskräfte in wichtigen Funktionen des Staates und der Wirtschaft hinausliefen. Eine neue, zu Führungsaufgaben berufene Elite wächst aber nicht über Nacht heran, sondern braucht Zeit und Gelegenheit zum Reifen.

Gegen diesen Hintergrund muß man die Leistungen der österreichischen Wirtschaft seit Kriegsende betrachten und die vielfach noch ungelösten Probleme würdigen, wenn man zu einem gerechten Urteil gelangen will.

Der Wiederaufbau von 1948 bis 1951

Die österreichische Wirtschaft hat in der zweiten Phase, in den Jahren 1948 bis 1951, die ungefähr mit der vierjährigen ERP-Periode zusammenfallen, auf vielen Gebieten erstaunliche Fortschritte erzielt.

Am augenfälligsten sind die Erfolge der österreichischen *Industrie*, obwohl gerade sie durch Kriegsschäden, Demontagen und Unterlassung von Ersatzinvestitionen schwere Substanzverluste — man schätzt sie auf 12 Mrd. S, Wert 1952 — erlitten hat. Der Index der Industrieproduktion hatte in den Jahren 1946 und 1947 erst 44 % und 57 % des Jahres 1937 erreicht; im Jahre 1949 überschritt er bereits um 23 % den Vorkriegsstand und erreichte im Jahre 1951 165 (1937=100). Die Zunahmen in den Jahren 1948, 1949, 1950 und 1951 gegenüber den Vorjahren betragen 61 %, 33 %, 18 % und 14 %. Nach dem kürzlich erschienenen 4. Jahresbericht der OEEC ist die Industrieproduktion der 18 Mitgliedstaaten seit 1947 um rd. 50 % gestiegen; in Österreich hat sie sich in der gleichen Zeit verdreifacht.

Die *Produktivität* der Industrie (Produktion pro Beschäftigtem) ist in diesen 4 Jahren um 42 %, 20 %, 12 % und 9 % gestiegen. Sie hat sich gegen 1947 (damals 47 % von 1937) mehr als verdoppelt und erreichte im Jahre 1951 ungefähr den Stand von 1937. Die außerordentliche Produktions- und Produktivitätssteigerung war in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß mit zunehmend besserer Rohstoff- und Energieversorgung die Kapazität der Industrie wirkungsvoller ausgenützt werden konnte.

Auch die österreichische *Landwirtschaft* konnte seit Kriegsende, trotz nachhaltigen Kriegsschäden und starker Abhängigkeit von den natürlichen, meist nur auf längere Sicht beeinflussbaren Produktionsbedingungen, bedeutende Fortschritte erzielen. Während ihre Produktion in den Jahren 1946 und 1947 kaum über die Hälfte der Vorkriegsleistung hinausgekommen war, gelang es im Jahre 1951, den realen Produktionswert auf 90 % von 1937 zu steigern.

Der *Ausländerfremdenverkehr*, vor 1937 ein wichtiger Devisenbringer der österreichischen Wirtschaft, lag in den ersten Nachkriegsjahren völlig darnieder. Im Jahre 1948/49 wurden erst 32 % der Übernachtungen des Jahre 1936/37 erreicht, im Jahre 1951/52

aber bereits 93 %, obwohl die Besucher aus den Oststaaten, auf die vor dem Kriege 43 % der Auslandsbesuche entfallen waren, ausgefallen sind.

Außenhandel gab es in den Jahren 1945 bis 1946 praktisch überhaupt keinen. Im Jahre 1947 betrug das Volumen der Ausfuhr erst 29 % von 1937, im Jahre 1951 aber war es bereits um 10 % höher als im Jahre 1937.

In den Jahren des Wiederaufbaues erfreute sich die österreichische Wirtschaft einer hohen *Beschäftigung*. Das Arbeitskräftepotential war durch den Krieg stark dezimiert oder geschwächt worden (250 000 Kriegstote und Vermißte, 165 000 Kriegsversehrte). Der Ausfall wurde zum großen Teile durch ausländische Flüchtlinge, die in Österreich eine neue Heimat und Broterwerb suchten, wettgemacht. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten überschritt im September 1949 zum ersten Male seit Bestehen der österreichischen Republik die 2 Millionengrenze, allein die gewerbliche Wirtschaft (Industrie, Handel und Handwerk) beschäftigte im Jahre 1951 durchschnittlich 1½ Millionen Arbeitskräfte, gegen nur 900 000 im Jahre 1937. Die Rate der Arbeitslosigkeit betrug in den Jahren 1948 bis 1951 im Jahresdurchschnitt nur 2 bis 5 % der Zahl der insgesamt Erwerbstätigen.

Faßt man das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit auf den wichtigsten Gebieten zusammen, dann kommt man zu dem Schluß, daß das für Konsum und Investitionen verfügbare österreichische *Sozialprodukt* (Güter und Dienstleistungen), das im Jahre 1946 auf knapp die Hälfte der Vorkriegshöhe gesunken war, im Jahre 1951 den Vorkriegsstand bereits um 10 % überschritt.

Die Vergrößerung des Sozialproduktes ermöglichte sowohl eine relativ hohe Investitionsrate, als auch eine Hebung des Konsumniveaus. In den vergangenen 7 Jahren, besonders seit 1948, wurde in Österreich ein weitaus größerer Teil des Sozialproduktes investiert als vor dem Kriege. Während im Jahre 1937 nur etwa 6 % des verfügbaren Sozialproduktes für *Investitionen* verwendet wurden, waren es in den Jahren 1948 bis 1951 durchschnittlich 20 %.

Trotz hohen Investitionen konnte auch der *private Konsum* bedeutend verbessert werden, das beweisen die Verbrauchsstatistiken und die Einzelhandelsumsätze. Im ganzen genommen dürfte das Realeinkommen der österreichischen Bevölkerung im Jahre 1951 dreimal so hoch gewesen sein wie in den ersten Nachkriegsjahren, und knapp so hoch wie im Jahre 1937. Bei einem Vergleich des Lebensstandards darf man jedoch nicht übersehen, daß es heute viel mehr freiwillige soziale Leistungen gibt als vor dem Kriege. In zahlreichen Betrieben gibt es Werkküchen und Kantinen, in denen verhältnismäßig billige und bekömmliche Speisen verabreicht werden.

Häufiger als früher bestehen Pensionskassen oder werden Zuschüsse zu den Pensionen der Sozialversicherung gewährt und Arbeiterwohnungen ganz oder teilweise aus Betriebsmitteln gebaut. Für die Errichtung und Pflege gesunder Arbeitsplätze, für sanitäre Anlagen und Sport in den Betrieben wird heute wirklich viel getan. Schließlich fällt ins Gewicht, daß gegenwärtig infolge längerer Urlaube und bezahlter Feiertage Arbeiter und Angestellte jährlich durchschnittlich um 12 Tage, oder in Prozent der jährlichen Arbeitszeit ausgedrückt, um 4 % weniger lang arbeiten als im Jahre 1937.

Diese eindrucksvollen Fortschritte der österreichischen Wirtschaft in den Jahren 1948 bis 1951 wurden allerdings in einem *anhaltenden inflatorischen Prozeß* erzielt, der sich erst Ende 1951 totlief. Über das Ausmaß dieser mit dem Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft einhergehenden Inflation geben folgende Zahlen Aufschluß.

Von Anfang 1948 bis Ende 1951 sind in Österreich die Lebenshaltungskosten und die Löhne um rd. 140 %, die Großhandelspreise um 180 bis 200 % gestiegen. Das Geldvolumen erhöhte sich von 7,4 Mrd. S auf 17,3 Mrd. S, und das Volumen der Kommerzkredite wurde von 2,1 Mrd. S auf 15,3 Mrd. S ausgeweitet.

Die Inflation war zwar nicht so stark, daß das Geld als Zahlungs- und Austauschmittel abgelehnt worden wäre. Es verlor aber seine Funktion als Wertaufbewahrungsmittel, da begreiflicherweise niemand bereit war, den mit dem Besitz von Geld oder Geldwertforderungen verbundenen Substanzverzehr zu tragen.

Das Sparen in Geld oder Anlagepapieren versiegte fast völlig. Die Unselbständigen, die keine Möglichkeit hatten, «wertbeständig» zu sparen, verbrauchten ihr Einkommen restlos, die Lebensversicherungen stagnierten und die Unternehmer verwendeten ihre Ersparnisse ausschließlich für Investitionen im eigenen Betrieb. Ein Kapitalmarkt existierte nicht. Um den Wiederaufbau nicht lahmzulegen, mußte man zu Ersatzlösungen greifen. Man versuchte, die Selbstfinanzierung der Unternehmer zu fördern, indem man einen Teil der Gewinne steuerfrei beließ, sofern sie im eigenen Betrieb investiert wurden. Die steuerliche Begünstigung von Investitionen hat zweifellos die Sachkapitalbildung beschleunigt, führte aber unvermeidlich zu Fehlinvestitionen.

Die inflationistische Entwicklung drängte auch zu einer ständigen Ausweitung der öffentlichen Ausgaben und damit zu einer Erhöhung der Steuerlast. Die Geldwertverschlechterung machte es dem Einzelnen unmöglich, für das Alter, für Unfälle, Krankheiten und einmalige Ausgaben vorzusorgen, und weckte zwangsläufig das Bedürfnis nach kollektiver Vorsorge für die Wechselfälle des Lebens. Die Folge war ein weiterer Ausbau der Alters-, Kranken- und Un-

fallversicherung und sonstigen sozialen Leistungen. Schließlich förderte die inflationistische Entwicklung die Beibehaltung und Ausdehnung der behördlichen Wirtschaftslenkung und Preisregelung.

Die hohen Steuersätze und die scharfe Steuerprogression machten jede über ein bescheidenes Ausmaß hinausgehende Einkommenssteigerung für den, der sich der Besteuerung nicht entziehen konnte oder nicht entziehen wollte, zumindest materiell sinnlos und lähmten den Leistungswillen. Vor allem in den mittleren Einkommensstufen ist in Österreich die Belastung mit direkten Steuern weitaus höher als in allen andern europäischen Staaten, einschließlich England.

Nicht minder bedenklich waren die Rückwirkungen der Inflation auf die Zahlungsbilanz. Die mit Zahlungsmitteln reich ausgestattete heimische Nachfrage übte einen anhaltend starken Importsog aus, während der Verkäufermarkt im Inlande den heimischen Produzenten meist ausreichende Absatzmöglichkeiten bot, so daß sie nur wenig Neigung zeigten, sich um das schwierige und risikoreiche Exportgeschäft zu bemühen. Die Exportquote der Industrie betrug im Jahre 1951 20 %, gegenüber 30 % im Jahre 1937. Dabei sind in Österreich während des Krieges einige Großbetriebe für die Erzeugung von Halbwaren entstanden und nach Kriegsende weiter ausgebaut worden, die in den letzten Jahren eine ausgezeichnete Exportkonjunktur erlebten. Der traditionelle österreichische Fertigenwarexport hat auch im Jahre 1951 bei weitem noch nicht den Vorkriegsumfang erreicht.

Es ist sicherlich sehr bemerkenswert, daß es der österreichischen Industrie unter widrigen Umständen möglich war, im Jahre 1951 bereits um 65 % mehr zu erzeugen als im Jahre 1937. Angesichts der inflationistischen Verzerrung der heimischen Nachfrage, der Aussperrung vom Auslande, des beschränkten Wettbewerbes im Inlande und des Fehlens eines leistungsfähigen Kapitalmarktes ist aber zu befürchten, daß vieles davon unnötig, unrationell und mit Kosten erzeugt wurde, die unter normalen Bedingungen zu hoch sein werden.

Die unvermeidlichen Schwierigkeiten, die sich aus der inflationistischen Entwicklung ergeben, konnten in den Jahren des Wiederaufbaues zu einem erheblichen Teil durch *Auslandhilfe* überbrückt werden. Österreich hat schon vor Anlaufen des Marshallplanes unter verschiedenen Titeln und aus verschiedenen Quellen Unterstützungen im Werte von rd. 420 Mill. Dollar erhalten. Die Mitte 1948 begonnene ERP-Hilfe beträgt bis Ende 1952, einschließlich der bereits gewährten Autorisationen, 940 Mill. Dollar. Diese in Form von Nahrungs- und Futtermitteln, Kohle, industriellen Rohstoffen und Maschinen gewährte Auslandshilfe von zusammen rd. 1400 Millionen Dollar, ist, unter Berücksichtigung der Veränderung des Geldwertes, ungefähr sechsmal so groß wie die Völkerbundanleihe

von 650 Mill. Goldkronen, mit der Österreich im Jahre 1923 saniert worden ist.

Dieser großzügigen Hilfe stehen allerdings — man muß immer wieder daran erinnern — die schweren Verluste gegenüber, die Österreich durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen, durch direkte und mehr noch durch indirekte Belastungen und Beeinträchtigungen einer nun fast schon 8 Jahre dauernden Besetzung erlitten hat. Die österreichische Regierung beziffert diesen Schaden als mindestens so hoch wie den Wert der Österreich gewährten Auslandshilfe.

Trotzdem darf man wohl sagen, daß Österreich ohne die Unterstützung des Auslandes, vor allem ohne die generöse Hilfe der Vereinigten Staaten, wahrscheinlich im Chaos der ersten Nachkriegsjahre untergegangen wäre, und es unmöglich gewesen wäre, in den folgenden Jahren die österreichische Wirtschaft auf einer lebensfähigen Grundlage so rasch wieder aufzubauen.

Die radikale Kürzung der Auslandshilfe, aber auch die Stabilisierungstendenzen in der Weltwirtschaft im Jahre 1951 legten auch der österreichischen Wirtschaftspolitik eine Neuorientierung dringend nahe. Die inflationäre Methode der Preis-Lohn-Abkommen hatte sich totgelaufen. Das 5. Preis-Lohn-Abkommen, das wie seine Vorgänger alle aktuellen Schwierigkeiten in Bausch und Bogen ohne Opfer für irgendeine soziale Gruppe, einfach durch ruckartige Erhöhung von Preisen und Löhnen beseitigen wollte, konnte niemanden mehr düpiieren. Unternehmer und Arbeiter antizipierten, durch die vorangegangenen 4 Abkommen hellhörig geworden, die bereits leicht voraussehbaren Folgen des 5. Abkommens und machten es so bereits am Tage seiner Unterzeichnung illusorisch. Die Zeit für die Stabilisierung war reif geworden. Sie wurde im Herbst 1951 von den Unternehmern mit einer freiwilligen Preissenkung und von den Gewerkschaften mit einem Lohnstopp eingeleitet.

1952: Jahr der Stabilisierung

Die wirtschaftliche Lage Österreichs unterschied sich im Jahre 1952, vor allem auf dem Gebiete der Währung, der Produktion und des Arbeitsmarktes, grundlegend von der in den letzten Jahren. Auch die Handels- und Zahlungsbilanz hat sich im 2. Halbjahr 1952 sprunghaft gebessert.

Die allerdings unter besonders günstigen weltwirtschaftlichen, binnenwirtschaftlichen und psychologischen Voraussetzungen erreichte Stabilisierung der österreichischen Wirtschaft kann als ein Triumph der klassischen Methoden der Währungs- und Finanzpolitik hingestellt werden. Tatsächlich ist es mit Hilfe einer Restriktion

der Kredite, Erhöhung der Bankrate (zunächst von $3\frac{1}{2}\%$ auf 5% , später auf 6%) und durch eine harte Budgetpolitik nach einer jahrelangen inflationistischen Entwicklung erstmalig seit Kriegsende gelungen, die *Währung zu stabilisieren*. Obwohl im Laufe des Jahres zur Stützung des Budgets nochmals Steuern und Tarife erhöht werden mußten, und damit eine Verteuerung der Produktionskosten verbunden war, gingen Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten von Mitte Dezember 1951 bis Mitte Dezember 1952 um $6,4\%$ und 1% zurück. Die Baukosten sanken um $1,7\%$, die Aktienkurse um $15,9\%$ und die schwarzen Devisenkurse um $14,8\%$. Die Löhne blieben im ganzen unverändert. Im Jahre vorher dagegen hatten sich Löhne und Preise noch um durchschnittlich 30 bis 40% erhöht.

Die Stabilisierung des Geldwertes steigerte das Bedürfnis der Wirtschaft nach Liquidität, veranlaßte Händler und Produzenten, überhöhte Lager abzubauen und verschärfte die Konkurrenz um die Absatzmärkte. Inflationistisch aufgeblähte Gewinnspannen wurden reduziert und Unternehmer sowie Arbeiter zu höheren Leistungen angespornt. Das Geldsparen, das in den letzten Jahren fast völlig versiegt war, gewann wieder Bedeutung. Im Jahre 1952 wurden bei den österreichischen Kreditinstituten über 1 Mrd. S Ersparnisse angelegt, gegen nur 77 Mill. S im Jahre 1951. Von Jänner bis Dezember 1952 hat sich der Gold- und Devisenbestand der Österreichischen Nationalbank von 530 Mill. S auf mehr als $2\frac{1}{4}$ Mrd. S erhöht, also ungefähr vervierfacht.

Die *Handels- und Zahlungsbilanz* zeigte im 2. Halbjahr eine sprunghafte Besserung. War die Handelsbilanz im 1. Halbjahr 1952 im Monatsdurchschnitt noch mit 435 Mill. S passiv, so war das Passivum im 2. Halbjahr auf einen Bruchteil geschrumpft. In der kommerziellen Außenhandelsbilanz (Einfuhr ohne ERP) wurden zum ersten Male sogar Überschüsse erzielt. In der EZU konnte Österreich das Jahr 1952 mit einem Überschuß von 22 Mill. Dollar abschließen.

Faßt man Waren- und Dienstleistungsverkehr zusammen, dann beträgt im Jahre 1952 das Defizit in der laufenden Zahlungsbilanz, dank der günstigen Entwicklung im 2. Halbjahr 1952, nur noch 100 Mill. \$, gegen 176 Mill. \$ im Jahre 1951.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß die günstige Entwicklung der Handels- und Zahlungsbilanz in den letzten Monaten auch Schattenseiten hatte und der Rückgang der Einfuhr zum Teil auf eine Schrumpfung der wirtschaftlichen Aktivität zurückging. Aber es kann nicht mehr übersehen werden, daß auch für Österreich ein Ausgleich der Zahlungsbilanz durchaus im Bereich des Möglichen liegt und nicht, wie man seit Jahr und Tag anzunehmen geneigt war, ein völlig unerreichbares Ziel sei.

Wie bereits angedeutet, hat die erfolgreiche Bekämpfung der Inflation im Jahre 1952 *Rückschläge in der Produktion und Beschäftigung* verursacht. Während die Industrieproduktion im Jahre 1951 noch um 14 % gesteigert werden konnte, war sie im Jahre 1952 nur noch um etwa 1 % höher als im Vorjahre. Zieht man auch die Ergebnisse der Land- und Forstwirtschaft, der Bauwirtschaft, des Fremdenverkehrs, die Leistungen der Bundesbahnen und die Einzelhandelsumsätze in Betracht, dann dürfte das österreichische Sozialprodukt, das in den beiden letzten Jahren noch um 8 % und 6 % gewachsen war, im Jahre 1952 nur knapp den Vorjahresstand erreicht haben.

Die Stagnation der Produktion hatte empfindliche Rückwirkungen auf den *Arbeitsmarkt*. Ende 1952 waren bereits 250 000 Arbeitslose vorgemerkt, um 100 000 mehr als Ende 1951. Seither ist die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen, und es ist zu befürchten, daß die Zahl der Arbeitslosen heuer 300 000 erreichen wird. Die *Rate der Arbeitslosigkeit* war im Durchschnitt 1952 8 %, gegen nur 6 % im Jahre 1951 und 3 % in den Jahren 1947 und 1948.

Die profilierte Entwicklung auf der Währungs- und Produktionsseite im letzten Jahre machte es verständlich, daß der überwiegend mit wirtschaftlichen Argumenten ausgefochtene Wahlkampf im Zeichen der Schlagworte *Stabilisierung der Währung* und *Vollbeschäftigung* stand. Wohl hatten alle staaterhaltenden Parteien beide Forderungen auf ihre Fahnen geschrieben. Es ging jedoch um die Wahl der Mittel für die Erreichung dieser als gleich wichtig bezeichneten Ziele, es ging darum, ob Stabilisierung und hohe Beschäftigung mit überwiegend marktwirtschaftlichen oder überwiegend planwirtschaftlichen Methoden angestrebt werden sollte²⁾.

In den Wahlen am 22. Februar 1953 konnte die grundsätzlich für die freie Marktwirtschaft eintretende Österreichische Volkspartei von 165 Sitzen im Parlament 74 Sitze (mit 41,3 % aller Stimmen) und die mehr der staatlichen Planwirtschaft zuneigende Sozialistische Partei Österreichs 73 Sitze (mit 42,1 % aller Stimmen) erobern. Die beiden bereits bisher für die österreichische Wirtschaftspolitik verantwortlichen großen Parteien werden unter dem Zwang der Verhältnisse — der Besetzung des Landes durch vier Mächte — wieder in einer «Koalitionsregierung» zusammenarbeiten und auf wirtschaftspolitischem Gebiete Kompromisse schließen müssen.

²⁾ An diese Problemstellung knüpfte der Referent am 29. Januar 1953 in seinem zweiten Vortrage «Österreichs Wirtschaftspolitik im Zeichen gegensätzlicher Ordnungsprinzipien und politischer Ideologien» an, der demnächst in einem vom Schweizerischen Institut für Auslandsforschung im Eugen Rentsch Verlag, Erlenbach-Zürich, herausgegebenen Sammelband erscheinen wird.